

1 **Antragsteller: FA I**
2 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
3 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

4
5

6 **Menschenrechtsverletzungen des Al-Sisi Regimes an ägyptischen** 7 **und europäischen Bürger*innen entgegentreten!**

8 Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung und die Bundestagsfraktion
9 werden aufgefordert, die Bundesregierung zu veranlassen, zu prüfen, welche
10 Sanktionsmöglichkeiten **gegen einzelne natürliche und juristische Personen, Organisationen**
11 **und Einrichtungen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen oder -verstöße**
12 **verantwortlich sind** gemäß der **Verordnung (EU)2020/1998 des Europäischen Rates** möglich,
13 geeignet und sinnvoll sind, um den fortdauernden menschenrechtswidrigen
14 Repressionsmaßnahmen gegen Regimegegner*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen,
15 insbesondere massiven Verletzungen der Meinungs-, Bildungs- und Versammlungsfreiheit
16 entgegentreten.

17 Bei gut dokumentierten Fällen solcher Menschenrechtsverletzungen und ggf. in
18 Zusammenarbeit mit Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International müsste die
19 Bundesregierung zunächst versuchen, mit diplomatischen Schritten Abhilfe zu schaffen. Sollte
20 es nicht gelingen, eingeschlossen die von der Entschließung des EU-Parlaments
21 (EU)2020/1998 erörterte Fälle von EU-Bürger Eric Lang und Giulio Regeni, sowie von in der EU
22 studierendem Patrick Zaki, müsste die Bundesregierung der ägyptischen Seite signalisieren,
23 dass Deutschland bereit und in der Lage ist, die beschriebenen Sanktionsmittel gegen einzelne
24 verantwortliche Personen und Organisationen auch anzuwenden und sich dafür in EU
25 Gremien einzusetzen. Die Bundesregierung sollte ihr Mögliches tun, um die Einsetzung von
26 gezielten EU-Sanktionen in den genannten Fällen zu ermöglichen. Es müsste schließlich
27 überprüft werden, ob restriktive Maßnahmen auch bei weiteren
28 Menschenrechtsverletzungen des ägyptischen Regimes geeignet wären.

29
30